



Pressemitteilung zum Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transphobie (17.Mai)

Dienstag, 16. Mai 2017

Land muss Vorreiter bei Offenheit und Vielfalt bleiben

MdL Brigitte Lösch: „Familie ist für uns überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen“

Zum „Internationalen Tag gegen Homo-, Bi- und Transphobie“ (17. Mai) ruft die Grüne Fraktion im Landtag Baden-Württemberg dazu auf, engagiert für Akzeptanz und Vielfalt einzutreten. „Wir sind viele, wir sind bunt und wir zeigen Gesicht für die offene und freie Gesellschaft“, erklärt Brigitte Lösch, Sprecherin für die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren (kurz: LSBTTIQ). „Familie ist für uns überall da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das zeigt auch das Motto, das die IDAHOBIT-Organisatoren 2017 ausgerufen haben: ‚Liebe macht Familie‘. Wenn wir das ernst meinen, müssen alle Kinder die gleichen Rechte haben, egal in welcher Familienkonstellation sie aufwachsen. Am schnellsten ginge das mit der Öffnung der Ehe für alle auf Bundesebene“, betont Lösch.

Mit dem 2015 verabschiedeten Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ setzt die Landesregierung ein Zeichen für die Gleichstellung von LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg. Im Haushalt 2017 sind 250 000 Euro für die konzeptionelle Weiterentwicklung und Umsetzung des Plans eingestellt. „Mit der Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen, Vereine und Selbsthilfegruppen vor Ort verankern wir die Strukturen auf kommunaler Ebene und schaffen ein breites Netz, um Ausgrenzung, Vorurteile und Zugangsbarrieren im Alltag abzubauen“, so Lösch. Bereits aufgebaut wurde neben einer Geschäftsstelle für das Netzwerk LSBTTIQ eine professionelle psychosoziale Beratung für LSBTTIQ-Menschen und ihre Angehörigen. „Um die Lebenssituation von LSBTTIQ-Menschen zu verbessern, müssen wir verlässliche und vor allem bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote etablieren“, erklärt Lösch. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Umsetzung des Aktionsplans ist ein umfassender Dialogprozess. „Wir wollen, dass unser Land weiter ein Vorreiter für Offenheit und Vielfalt bleibt. Dafür brauchen wir alle, die sich für eine tolerante und gleichberechtigte Gesellschaft in Baden-Württemberg einsetzen“, so Lösch.

Neben dem Kampf um gleiche Rechte darf die umfassende Rehabilitierung der nach dem menschenrechtswidrigen Paragraph 175 Verurteilten nicht vergessen werden. So begrüßt Brigitte Lösch ausdrücklich das Drängen Baden-Württembergs hier möglichst umfassend für Gerechtigkeit zu sorgen. „Es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha über den Bundesrat dafür einsetzt, dass auch von Ermittlungen Betroffene in die Entschädigung einbezogen werden sollen. Diese hatten für die Betroffenen drastische Konsequenzen – von gesellschaftlichen Stigmatisierungen bis zur totalen sozialen Isolierung.“

Caroline Blarr · Stv. Pressesprecherin
Fraktion Grüne im Landtag · Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 20 63-6134 · Mobil: 0151 / 109 100 46 · Fax: 0711 / 20 63 660
caroline.blarr@gruene.landtag-bw.de · www.gruene-landtag-bw.de